

| | | |
|--|------------------------|---|
| STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage - | | Vorlagen-Nummer 2018/168 |
| öffentlich | | |
| Datum 27.11.2018 | Aktenzeichen St 3.1 | Federführend: Frau Reuter |

Betreff

Anregungen aus der Einwohnerversammlung am 22.11.2018

| Beratungsfolge Gremium | Datum | Berichterstatter | | |
|---|--|---------------------|---|------|
| Stadtverordnetenversammlung | 17.12.2018 | Bürgermeister Wilde | | |
| Finanzielle Auswirkungen: | | JA | X | NEIN |
| Mittel stehen zur Verfügung: | | JA | | NEIN |
| Produktsachkonto: | | | | |
| Gesamtaufwand/-auszahlungen: | | | | |
| Folgekosten: | | | | |
| Bemerkung: | | | | |
| Berichte gem. § 45 c Ziff. 2 der Gemeindeordnung zur Ausführung der Beschlüsse der Ausschüsse: | | | | |
| | Statusbericht an zuständigen Ausschuss | | | |
| X | Abschlussbericht | | | |

Beschlussvorschlag:

Die mit der erforderlichen Mehrheit in der Einwohnerversammlung am 22.11.2018 beschlossenen Anregungen werden zur Kenntnis genommen und an die entsprechenden Ausschüsse, wie im Sachverhalt aufgeführt, zur Beratung verwiesen.

Sachverhalt:

Vorschläge aus Einwohnerversammlungen sind von den zuständigen Organen gemäß § 16 b GO (Gemeindeordnung) zu behandeln. Der Verpflichtung zur Behandlung der Vorschläge und Anregungen ist damit Genüge getan, wenn im Falle der Zuständigkeit eine Aufnahme der Vorschläge und Anregungen in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt ist und eine Aussprache darüber geführt wird. Ob anschließend tatsächlich ein entsprechender Beschluss gefasst wird, eine Verweisung in die Ausschüsse erfolgt oder eine Vertagung oder gar eine Nichtbehandlung beschlossen wird, obliegt allein der Stadtverordnetenversammlung (Kommentar Borchert/Buschmann zur Gemeindeordnung zu § 16 b GO, Rdz. 34).

Die Verwaltung schlägt vor, die mit der erforderlichen Mehrheit in der Einwohnerversammlung am 22.11.2018 beschlossenen Anregungen wie folgt zur Beratung an die entsprechenden Ausschüsse zu verweisen:

- Die Anregung des Herrn Prof. Dr. Wilh. Hummeltenberg auf Einberufung einer Informations- und Konsultationsveranstaltung über Auswirkungen und Chancen für die Flächennutzungsplanung, insbesondere Verkehrsplanung in Ahrensburg durch die Angebotsverbesserungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Kursbuchstrecke 104 „Hamburg – Lübeck - Travemünde Strand“ aufgrund der Vergabe 2022 bis 2035 im Elektronetz Ost wird an den Bau- und Planungsausschuss verwiesen (**Anlage 1**).
- Die Anregung des Herrn Jürgen Siemers auf Einrichtung eines Mailsystems zur Verteilung der öffentlichen Bekanntmachung nach § 15 der Hauptsatzung wird an den Hauptausschuss verwiesen (**Anlage 2**). Es würden keine öffentlichen Bekanntmachungen mehr im MARKT Ahrensburg, der kostenlos den Einwohnern zugestellt wird, veröffentlicht werden. Er regt deshalb die Information der Einwohner über ein Mailsystem an. Sofern eine Bekanntmachung durch die Stadt veröffentlicht wird, würden die Einwohner, die sich über ein Mailsystem anmelden, diese Bekanntmachung erhalten.
- Herr Plage, wohnhaft in der Waldstraße, regt die Einrichtung von Wohnmobilstellplätzen im Zusammenhang mit der Überplanung des badlantic auch zur Förderung des Tourismus an. Die Anregung wird an den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlagen:

- Anlage 1: Anregung des Herrn Prof. Dr. Wilh. Hummeltenberg auf Einberufung einer Informations- und Konsultationsveranstaltung über Auswirkungen und Chancen für die Flächennutzungsplanung, insbesondere Verkehrsplanung in Ahrensburg durch die Angebotsverbesserungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Kursbuchstrecke 104 „Hamburg – Lübeck - Travemünde Strand“ aufgrund der Vergabe 2022 bis 2035 im Elektronetz Ost
- Anlage 2: Anregung des Herrn Jürgen Siemers auf Einrichtung eines Mailsystems zur Verteilung der öffentlichen Bekanntmachungen nach § 15 der Hauptsatzung